



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 2. MÄRZ 2022

Krieg in der Ukraine – Reaktionen in Ungarn

Ungarn trägt Sanktionen gegen Russland mit

Die ungarische Regierung verurteilte die russische Invasion der Ukraine und positionierte sich, wie schon in der Vergangenheit, klar aufseiten der Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine. Entgegen anfangs verbreiteter Fake-News, Ungarn würde sich nicht am Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System beteiligen, trägt das Land das Sanktionspaket der Europäischen Union gegen Russland in seiner Gänze mit. Am 1. März gab der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in einer Pressekonferenz überdies bekannt, Ungarn unterstütze die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union, da man für jede friedensfördernde Maßnahme eintrete. „Wir fordern die Brüsseler Institutionen auf, die Forderung der acht Staatschefs aufzugreifen, die auch von Ungarn befürwortet werden. Ich habe heute auch unsere polnischen und litauischen Außenministerkollegen darüber informiert.“ – gab Szijjártó bekannt. In den vergangenen Tagen bot die Regierung den Konfliktparteien Ungarn als möglichen Ort von Verhandlungen an.

Humanitäre Unterstützung

Ungarns humanitäre Hilfe im Konflikt gilt in erster Linie der angrenzenden Karpatenukraine, in der eine etwa 150.000-köpfige ungarische Minderheit lebt. So wurden in den vergangenen Tagen dutzende Tonnen Lebensmittel und tausende Liter Treibstoff in die südwestukrainische Region geliefert. Die ungarische Regierung gab bekannt, jedem ukrainischen Flüchtling die Einreise zu gewähren, Hilfe zu leisten und ggf. einen vorübergehenden Flüchtlingsstatus anzuerkennen. Zudem können Schutzsuchende aus der Ukraine in Ungarn kostenlos mit der Bahn reisen. Mehrere Flüchtlingsunterkünfte wurden eingerichtet, zahlreiche zivile Organisationen sind an den Hilfsaktionen beteiligt. Mehr als 10.000 Flüchtlinge haben bei helfenden Privatpersonen eine Unterkunft gefunden. Bis zum 1. März überquerten mehr als 111.000 Menschen die ukrainisch-ungarische Grenze; Experten gehen jedoch davon aus, dass die Mehrheit von ihnen auf der Durchreise nach Westen ist.

Indes haben die ungarischen Streitkräfte bereits am 25. Februar mit der Verlegung von Truppenkontingenten in die Nähe der ungarisch-ukrainischen Grenze begonnen, um neben humanitärer Hilfe auch die Sicherheit der ungarischen Bevölkerung zu gewährleisten.

Kein militärischer Beistand

Ministerpräsident Viktor Orbán und Außenminister Péter Szijjártó stellten sich bislang gegen jedwede militärische Unterstützung der ukrainischen Armee. Am 28. Februar erklärte Szijjártó, dass keine Waffentransporte anderer Länder über Ungarn in die Ukraine gelangen dürften. „Der Transport könnte sowohl unser Land als auch die Ungarn in der

Karpatenukraine zu einem militärischen Zielpunkt machen. Ungarn darf unter keinen Umständen in den Krieg verwickelt werden“ – so Szijjártó.

Für die Entscheidung ertete die ungarische Regierung Kritik vonseiten der Opposition. Anna Donáth, Vorsitzende der Momentum-Partei, forderte ein Ende der „Schaukelstuhlpolitik“; Katalin Cseh, Europaabgeordnete von Momentum, meinte, das Verbot von Militärtransporten in die Ukraine diene nicht den ungarischen, sondern den russischen Interessen. Auch der Fraktionsvorsitzende der EVP, Manfred Weber, kritisierte nach Bekanntwerden der Entscheidung den ungarischen Ministerpräsidenten, der sich entscheiden müsse „auf welcher Seite er steht“.

Einer Umfrage des regierungsfreundlichen Századvég-Institutes vom 27. Februar zufolge sind 98 % der Befragten der Meinung, „dass alles getan werden sollte, damit unser Land nicht in den bewaffneten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hineingezogen wird“.

Wirtschaftliche Folgen

Innerhalb der ersten fünf Tage nach der russischen Kriegserklärung verlor der ungarische Forint rasch an Wert und erreichte am 2. März mit 1€/382HUF einen vorläufigen historischen Tiefstand (am 22. Februar noch 1€/356HUF). Die Energiesicherheit Ungarns sei hingegen gesichert, da die Sanktionen den Energiesektor nicht betreffen würden, betonte Viktor Orbán. Vorerst ungewiss jedoch scheint das weitere Verfahren hinsichtlich der von Russland unterstützten Großprojekte in Ungarn, wie der Erweiterung des Atomkraftwerks in Paks. Die Opposition forderte diesbezüglich die sofortige Beendigung der russisch-ungarischen Kooperation im Bereich der Atomenergie.

Neuigkeiten zu den ungarischen Parlamentswahlen

Listenkandidaten stehen fest

Bis zur Frist am 26. Februar wurden bei der Nationalen Wahlkommission sieben Landesparteilisten eingereicht. Neben den Listenkandidaten der vereinigten Opposition und dem Parteienbündnis FIDESZ-KDNP stehen somit die Nominierten der rechtsextremen Mi Hazánk, der Satirepartei „Zweischwänziger Hund“, der Lösung-Bewegung, der Corona-Maßnahmegegnerpartei NEP sowie der Kleinstpartei IMA fest. Darüber hinaus haben die nationalen Selbstverwaltungen aller Nationalitäten, mit Ausnahme der Roma, Listen für die Parlamentswahlen aufgestellt.

In den 14 Komitaten und in der Hauptstadt müssen die Parteien mindestens 71 Einzelkandidaten aufstellen. Im Zuge der Überprüfung durch die Wahlkommission könnte sich die Zahl der Parteilisten verringern, wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt wird.

Parteiliste von FIDESZ-KDNP

Dies Parteiliste von FIDESZ-KDNP führt Viktor Orbán an, gefolgt vom stv. MP Zsolt Semjén, Parlamentspräsident László Kövér und seiner Stellvertreterin Márta Mátrai, an fünfter Stelle findet sich die Europaabgeordnete Kinga Gál. Die anderen Mitglieder des Fidesz-Vorstands, Lajos Kósa, Szilárd Németh, Gábor Kubatov, Máté Kocsis, und Péter Harrach, Vertreter der KDNP, waren ebenfalls unter den ersten zehn Plätzen. Kanzleramtsminister Gergely Gulyás landete auf Platz 26; der Kuratoriumsvorsitzende des

MCC, Balázs Orbán, schaffte es als 50. auf die Liste. Eine Überraschung ist, dass Flórián Farkas, der als Vorsitzender von Lungo Drom die wichtigste FIDESZ-freundlich gesinnte Roma-Organisation vertritt, nach langer Zeit aus dem Parlament ausscheidet. Die wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten in Korruptionsverdacht stehenden Abgeordneten István Boldog, György Simonka und Pál Völner wurden nicht nominiert. Erwähnenswert ist, dass auch über die ungarischen Grenzen hinaus bekannte Politiker nicht auf die Landesliste gesetzt wurden und stattdessen in hart umkämpften Wahlkreisen um den Einzug ins Parlament streiten müssen. Dazu gehören János Lázár, der im Wahlkreis Csongrád 4 gegen Péter Márki-Zay antreten wird, sowie der ehemalige EU-Kommissar Tibor Navracsics, der in Veszprém 3 mit dem Jobbik-Abgeordneten Lajos Ríg ringen muss.

Hier die [vollständige Parteiliste](#). Den ersten 50 Kandidaten werden große Chancen für die Wahl ins Parlament bescheinigt.

Parteiliste der vereinigten Opposition

In den vergangenen Wochen gab es in Kreisen der vereinigten Opposition eine lange Debatte darüber, wer zu den ersten 45 Sitzen gehören darf und demnach mit einem realen Einzug in die Nationalversammlung rechnen kann. Letztlich einigte man sich auf 14 Kandidaten der Demokratischen Koalition, 12 von Jobbik, jeweils 8 von Momentum und MSZP-Párbeszéd sowie 3 für die LMP. Unter den Listenkandidaten der DK finden sich unter anderem Klára Dobrev, Ferenc Gyurcsány, Ágnes Vadai und László Sebián-Petrovszki. Auf Seiten der Momentum-Partei können beispielsweise András Fekete-Győr, Márton Kristóf Tompos sowie Lajos Lócsei mit einem sehr sicheren Einzug ins Parlament rechnen, bei der MSZP sind dies Bertalan Tóth und Zsolt Molnár. Párbeszéd setzte neben anderen Péter Márki-Zay, Gergely Karácsony, den Oberbürgermeister von Budapest, und Sándor Berki auf die Liste. Auch die Jobbik-Politiker Jakab Péter, Zsiga-Kárpát Dániel und Koloman Brenner sind unter den ersten 15 Listenplätzen.

Auf die Liste genommen wurden ebenso zwei Politiker, die mutmaßlich in Korruptionsaffären verwickelt sind, so Csaba Horváth (233.), der Bürgermeister von Zugló, sowie Csaba Czeplédy (168.), der des milliardenschweren Haushaltsbetrugs beschuldigt wird. Bis zu den Wahlen werden diese Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung genießen.

Die gesamten Landeslistenkandidaten der vereinigten Opposition können Sie [hier](#) anschauen.

Neuigkeiten zur Staatspräsidentenwahl

Nominierung von Katalin Novák bestätigt

Viktor Orbán kündigte im Dezember an, dass er Katalin Novák für das Amt des ungarischen Staatspräsidenten nominieren wird, nachdem die Amtszeit von János Áder ausläuft. Am 28. Februar hat Fidesz-KDNP offiziell die erforderliche Empfehlung für ihre Kandidatur eingereicht, die von 132 Abgeordneten unterzeichnet wurde, weit mehr als die erforderliche Anzahl. Wenn Katalin Novák tatsächlich gewählt wird, wäre sie das erste weibliche Staatsoberhaupt des Landes. Das Parlament wird am 10. März darüber entscheiden, im ersten Wahlgang ist eine Zweidrittelmehrheit für die Wahl erforderlich ist; andernfalls wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt, bei dem eine einfache Mehrheit ausreicht.

Für ein ausführlicheres Porträt von Katalin Novák empfehlen wir folgenden Artikel in der [Tagespost](#).

Kandidat der Opposition für das Amt des Staatspräsidenten

Mitte Februar gab die vereinigte Opposition ihren Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten bekannt. Der 79-jährige Jurist und Wirtschaftswissenschaftler Péter Róna wurde auf Initiative der Jobbik nominiert, nachdem diese den vorherigen Kandidaten der anderen Oppositionsparteien Gábor Iványi, den Vorsitzenden eines Wohltätigkeitsverbands, abgelehnt hatte. DK und Momentum stemmten sich anfänglich gegen die Aufstellung von Róna, zogen jedoch später ihre Einwände zurück.

Unterdessen leitete die Nationale Steuer- und Zollbehörde NAV Untersuchungen gegen Iványi ein, vermutet wird eine Steuerhinterziehung im Umfang von mehr als drei Milliarden Forint. Die Opposition kritisierte die Ermittlungen und witterte dahinter eine „politische Aktion“.

Rede zur Lage der Nation

Am 12. Februar hielt Ministerpräsident Viktor Orbán seine jährliche „Rede zur Lage der Nation“. Orbán hob die Erfolge der ungarischen Regierungspolitik der vergangenen Jahre hervor, bezeichnete die letzten zwei Jahre aber als „schwierige Jahre, gekennzeichnet durch eine Pandemie, Massenmigrationswellen, eine Energiekrise, imperiale Wutausbrüche aus Brüssel, den kalten Atem des Kalten Krieges im Nacken und den beunruhigenden Schatten eines Krieges über Ost- und Mitteleuropa. In dieser Situation galt es, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen, junge Menschen, Familien und ältere Menschen zu unterstützen und zu versorgen.“

Die Grundsatzrede des Ministerpräsidenten wurde von verschiedenen Medien auch als Auftakt in die Hochphase des Wahlkampfes gesehen. Orbán bezeichnete die Wahlen im April als eine existenzielle Abstimmung, bei der sich entscheiden werde, ob die früheren Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány und Gordon Bajnai („die Anführer der korruptesten Regierung Ungarns“) erneut an die Macht kommen. Der MP-Kandidat der Opposition, Péter Márki-Zay, sei, so Orbán, wiederum nur eine Marionette von Gyurcsány.

In mehreren deutschen Medien erlangte Orbáns Rede insbesondere wegen eines vermeintlich angedeuteten „Huxit“ große Aufmerksamkeit. So titelte beispielsweise die ZEIT: „Viktor Orbán droht mit EU-Austritt“, T-Online schrieb „Viktor Orbán spricht erstmals von EU-Austritt; auf Merkur.de las man „Land im Herzen Europas spricht auf einmal von EU-Austritt“. Hierbei wurde die einschlägige dpa-Meldung ohne weiteres Redigieren schlichtweg übernommen. Im Originalton der Rede ist eine solche Drohung nicht zu finden, erklärte der für die internationale Kommunikation zuständige Staatssekretär Zoltán Kovács. Orbán habe in seiner Rede zur Lage der Nation am Samstag sehr wohl Herausforderungen benannt, die sich in den Beziehungen Ungarns und der EU ergeben, jedoch nicht mit einem EU-Austritt gedroht. Der Ministerpräsident habe von kulturellen Differenzen und von zu erwartender Toleranz gesprochen: Budapest erwarte nicht von Brüssel, die ungarische Migrationspolitik oder Familienpolitik zu übernehmen, aber auch Brüssel könne nicht erwarten, dass die Ungarn sich hier etwas vorschreiben lassen, so Kovács.

Machen Sie sich ein eigenes Bild, die „Rede zur Lage der Nation“ vom 12. Februar 2022 können Sie auf Englisch unter folgendem Link nachlesen: [Prime Minister Viktor Orbán's "State of the Nation" address](#).

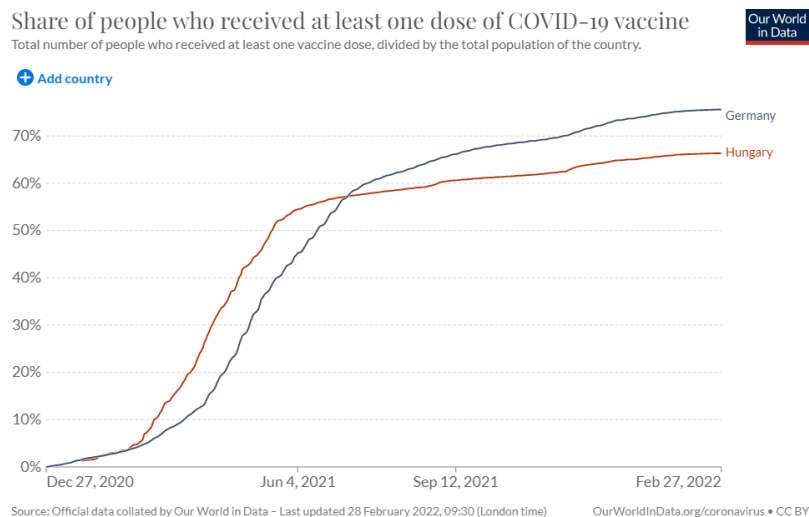
Corona-Politik im Februar

Omikron-Welle

Omikron ist in Ungarn mittlerweile die dominierende Mutation des Coronavirus. Hinsichtlich der Corona-Todesfälle erfuhr die „fünfte Welle“ Ende Januar einen Tiefpunkt mit durchschnittlich täglich weniger als 60 Verstorbenen. Anfang Februar nahm die Sterberate jedoch wieder zu und stagniert seitdem bei etwa 100 Corona-Todesfällen täglich. Zugleich sanken die Inzidenzen im Laufe des Februar. Derzeit werden rund 3600 mit dem Coronavirus Infizierte im Krankenhaus behandelt, davon 136 mit Beatmung – somit ist die Hospitalisierungsquote im Vergleich zu Ende Januar gesunken.

Impfstand

Bis dato haben sich 65,6 % der Ungarn impfen lassen, 63,3 % sind mittlerweile vollständig geimpft. Mehr als ein Drittel der Ungarn (39,1 %) erhielt bereits die Auffrischungsimpfung, die auch für die Altersgruppe der 12-17-Jährigen zugänglich ist. Einige Zehntausend vor allem ältere Ungarn entschieden sich für die vierte Impfung. Auch im März wird die Impfkation fortgeführt, so kann man sich ohne Registrierung an Donnerstagen, Freitagen und Samstagen in den hierfür ausgewiesenen Zentren impfen lassen.



Impfverlauf, Vergleich zwischen Deutschland und Ungarn

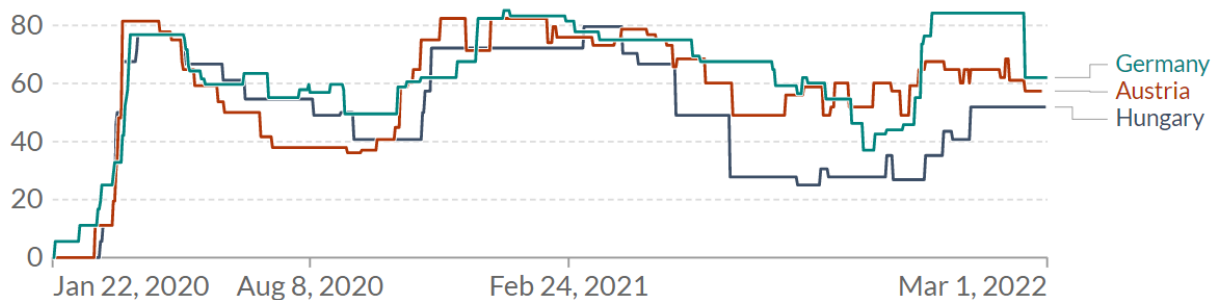
Immunitätsnachweis wird zu Impfausweis

Die Regierung hat ursprünglich beschlossen, dass der „Immunitätsausweis“ ab dem 15. Februar in einen „Impfausweis“ umgewandelt wird. Der Ausweis, der bisher auch nach nur einer Impfung oder einer überstandenen Covid-Erkrankung gültig war, verliert seine Gültigkeit, wenn eine Person die dritte Impfung nicht innerhalb von sechs Monaten nach der zweiten Impfung erhält. Dies gilt auch für genesene Personen. Für unter 18-Jährige genügen zwei Impfungen. Anfang Februar gab die Regierung bekannt, die Ablauffrist der alten Ausweise bis zum 1. Mai zu verlängern.

Angesichts der rasant zunehmenden Omikron-Infektionen wurde die Quarantänezeit ab dem 15. Februar von bis dahin 10 Tagen auf 7 Tage verringert.

Beschränkungen im Land

Ungeimpften ist weiterhin der Besuch von Großveranstaltungen untersagt. In Budapest ist, anders als im Rest Ungarns, der Besuch von Thermalbädern, an das Vorzeigen des Impfnachweises gebunden. Kein Impfpass ist notwendig für den Besuch von Geschäften, Gaststätten, Unterkünften, Freizeitanlagen, Theatern, Museen etc. sowie von kulturellen Veranstaltungen mit reservierbaren Sitzplätzen. In den öffentlichen Verkehrsmitteln wie auch in Geschäften, Theatern, Museen usw. gilt eine Maskenpflicht.



Source: Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government, University of Oxford – Last updated 1 March 2022, 05:50 (London time)

Anhand der Daten des (umstrittenen) „Corona Strengheitsindex“ ist ersichtlich, dass Ungarn seit etwa einem Jahr eine deutlich liberalere Maßnahmenpolitik betreibt als Deutschland oder Österreich.

Für Deutsche ist die Einreise nach Ungarn über den Landweg ohne Beschränkungen möglich. Die Einreise auf dem Luftweg erfordert den digitalen EU-COVID Impfnachweis oder einen PCR-Test in englischer oder ungarischer Sprache, welcher nicht älter als 72 Stunden sein darf. Geschäftsreisende können wie bisher ohne Testpflicht einreisen.

Für den aktuellen Stand der Einreisebestimmungen empfiehlt sich jedoch stets der Blick auf die [Seite des Auswärtigen Amts](#).

Neueste Umfrageergebnisse

Das regierungsfreundliche Nézópont-Institut sah im Zuge einer Umfrage von Mitte Februar die Listenverbindung von Fidesz-KDNP mit 50 % in deutlichem Vorsprung vor der Oppositionsliste, welche nur 43% der Stimmen auf sich vereinen würde. Die rechtsextreme Mi Hazánk Bewegung käme, wie auch die (Satire-) Partei des zweisehwanigen Hundes, auf 3 %, womit diese den Einzug ins Parlament verpassen würden. Dementsprechend ergaben sich seit Anfang Januar keine Änderungen.

Das regierungskritische Republikon-Institut ermittelte Ende Januar noch, dass die Oppositionsliste gleichauf mit den Regierungsparteien bei jeweils 47 % stehe. Ende Februar sah Republikon FIDESZ-KDNP bei 48 % und die Oppositionsliste 2 % dahinter bei 46 %. Auch das unabhängige IDEA-Institut ermittelte Mitte Februar einen Vorsprung der Regierungsparteien (49 %) gegenüber der Oppositionsverbinding (44 %). Somit konnte die Listenverbindung FIDESZ-KDNP seit Mitte Januar ihre Beliebtheit um 1 % ausbauen, bei gleichbleibenden Werten der Opposition, so das Institut.

Die Forschungsgruppen Taktikai Szavazás und Vox Populi errechneten die voraussichtliche Mandatsverteilung nach den Wahlen. Beide gehen von einer absoluten Mehrheit von FIDESZ-KDNP aus. Zudem scheint es der ungarndeutschen Minderheit auch für die nächste Legislaturperiode vergönnt, einen Abgeordneten in das Parlament schicken zu können. „Taktikai Szavazás“ prognostizierte zuletzt im November 2021 einen Vorsprung der Opposition, seitdem konnten die amtierenden Parteien – den ermittelten Werten nach – ihr Wählerlager ausbauen.

Date	Polling firm	FIDESZ	EM		Majority
27 Feb 2022	taktikaiszavazas.hu	115	83	1	16
15 Feb 2022	Vox Populi	124	74	1	25

Quelle: wikipedia.org

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Veranstaltungen im Februar

Am **10. Februar 2022** hielt **Ernő Schaller-Baross**, Mitglied des Europäischen Parlaments, im MCC Scruton einen Vortrag über die „**Österreichische Politik aus ungarischer Sicht**“. Der Österreich-Experte erklärte dabei die gegenwärtigen Herausforderungen der in den letzten Jahren von mehreren Krisen heimgesuchten österreichischen Politik und gab einen Ausblick auf die österreichisch-ungarischen Beziehungen. Den Veranstaltungsbericht finden Sie auf unserer [Homepage](#).

Vor 30 Jahren, am 6. Februar 1992, unterzeichneten die Vertreter der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Republik Ungarn in Budapest den **Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa**. Das Deutsch-Ungarische Institut veranstaltete am **14. Februar** mit seinen Partnern die **Feier des 30. Jubiläums im Ungarischen Nationalmuseum**. Die **Festreden** hielten unter anderem der **Sächsische Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbler** sowie der ungarische **Kanzleramtsminister Dr. Gergely Gulyás**. Bei der Veranstaltungen waren mehr als 220 Gäste zugegen. Die Veranstaltung fand einen breiten Widerhall in den Medien – eine Zusammenstellung der Berichte finden Sie in unserem **Pressespiegel** zusammengestellt, den Sie [von unserer Website](#) runterladen können. Auch unsere Mitarbeiter haben während des Festakts fleißig mitgeschrieben, was in zwei **Veranstaltungsberichten** mündete – [hier mit Video](#) und [hier](#), erschienen in der Budapester Zeitung.



Dr. Matthias Röbber, Sächsischer Landtagspräsident, bei seiner Rede im Ungarischen Nationalmuseum

Der hauseigene Verlag des MCC (MCC Press) veröffentlichte jüngst die ungarische Übersetzung von Philip Plickerts Sammelband „**Merkel – die kritische Bilanz von 16 Jahren Kanzlerschaft**“. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut am 28. Februar eine **Buchvorstellung** mit anschließender Podiumsdiskussion, bei der FAZ-Redakteur **Philip Plickert** gemeinsam mit dem Leiter der MCC-Medienschule, **Boris Kálnoky**, über Merkels politisches Vermächtnis sprach. Auf unserer Homepage können Sie den [Kurzbericht](#) zur Veranstaltung abrufen.



„Merkel – die kritische Bilanz von 16 Jahren Kanzlerschaft“
auf Ungarisch herausgegeben von MCC Press

Bevorstehende Veranstaltungen

Zu den Kritikern der Genderideologie gehört die deutsche Publizistin Birgit Kelle, deren Bestseller „**Gendergaga: wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will**“ nächste Woche in **ungarischer Übersetzung** von der MCC Press herausgegeben wird. Aus diesem Anlass veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut am **10. März 2022 um 18 Uhr** die **Vorstellung des Buches**, bei der Boris Kálnoky, Leiter der Medienschule am MCC, **mit der Autorin** über das Werk diskutieren wird.

Am **17. März 17.00** lädt das Deutsch-Ungarische Institut im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutschland und Ungarn im Gespräch“ zu einer Online-Podiumsdiskussion mit **Dr. Gerhard Papke** und **Dr. Bence Bauer** zum Thema „**Ungarn vor den Wahlen**“ ein. Zur Registration klicken Sie auf folgenden [Link](#).



Veröffentlichungen

Ohne einen Zugang zur Sprache kann es eine echte Herausforderung sein, verlässliche Fakten über Ungarn zu finden. Daher stellen wir im Rahmen unserer **Forschungsreihe „Faktenwissen über Ungarn“** Hintergrundinformationen über verschiedene Themen zur Verfügung, die für das bessere Verständnis des Landes wichtig sind. Im Februar erschienen drei Dossiers: [Fakten zur ungarischen Staatsbürgerschaft](#), [Das ungarische Wahlsystem](#) sowie [Roma in Ungarn](#). Weitere Aufsätze folgen alsbald, halten Sie hierfür unsere Website mit der [Rubrik Forschung](#) im Blick.

Wie gestaltet sich das Kräfteverhältnis zwischen Regierungsparteien und Opposition? In welchen Wahlbezirken wird es ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben? Über die Aktualitäten des Wahlkampfs in Ungarn schreibt DUI-Mitarbeiter Kristóf Schlegl in seiner Analyse „**Trend begünstigt FIDESZ-KDNP**“ in der [Budapester Zeitung](#).

„Die Auslobung der Willkommenskultur im Jahre 2015 gab auch den neuen Gesängen neuer Zeiten eine Form. Mit diesem einfachen Wort wurde die Ideologie der Zuwanderung geschaffen, wobei es selbst über den Begriff der Vielfalt hinausgeht.“ – schreibt **MCC-Generaldirektor Zoltán Szalai** in seinem unlängst im Mandiner erschienenen Kommentar „**Der Rhythmus des Zeitgeistes**“. Klicken Sie hier für die [deutsche Übersetzung](#).

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu